

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 08 | 26.02.2021

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Andreas Janko

Staats- und Verwaltungsorganisation

Das in 2. Auflage neu erschienene Studienbuch „Staats- und Verwaltungsorganisation“ von Univ.-Prof. Dr. Andreas Janko vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis der Staats- und Verwaltungsorganisation. Es behandelt damit zentrale Themen sowohl aus dem Fach „Verfassungsrecht“ als auch aus dem Fach „Verwaltungsrecht“.

ISBN 978-3-902883-45-2, 2. Auflage, XI und 151 Seiten, Harteinband, 30 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 81/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport, mit der die **Verordnung über die Einrichtung eines Beirats für Baukultur im Bundeskanzleramt** geändert wird

[BGBl II 83/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die technischen Einzelheiten für Sicherheitseinrichtungen in den Registrierkassen und andere, der Datensicherheit dienende Maßnahmen (**Registrierkassensicherheitsverordnung, RKSv**) geändert wird

[BGBl II 85/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Virusvariantenverordnung (**COVID-19-VvV**) geändert wird

[BGBl II 86/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend COVID-19-Sonderregelungen für Medizinprodukte (**COVID-19-MedizinprodukteV**)

[BGBl II 87/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend COVID-19-Sonderregelungen für Arzneimittel (**COVID-19-ArzneimittelV**)

[BGBl II 90/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Verordnung des Bundesministers für Inneres über die **vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen zu bestimmten Nachbarstaaten** geändert wird

[BGBl II 91/2021](#)

Verordnung des Bundeseinigungsamtes beim Bundesministerium für Arbeit, mit der der **Generalkollektivvertrag Corona-Tests zur Satzung** erklärt wird

[BGBl II 94/2021](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung geändert wird (**2. Novelle zur 4. COVID-19-Schutzmaßnahmenverordnung**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABl L 58 v 19.02.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/250 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr 95/93 des Rates hinsichtlich der vorübergehenden Entlastung von den Vorschriften für die **Nutzung von Zeitnischen an Flughäfen** der Union aufgrund der **COVID-19-Krise**

[ABl L 60 v 22.02.2021, 1](#)

Verordnung (EU) 2021/267 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Februar 2021 zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen im Hinblick auf die anhaltende **COVID-19-Krise** hinsichtlich der **Erneuerung oder Verlängerung** bestimmter Bescheinigungen, Lizenzen und Genehmigungen, der **Verschiebung** bestimmter **regelmäßiger Kontrollen** und Weiterbildungen in bestimmten Bereichen des **Verkehrsrechts** und für die Verlängerung bestimmter in der Verordnung (EU) 2020/698 vorgesehenen Zeiträume

[ABl L 64 v 24.02.2021, 1](#)

Beschluss (EU) 2021/322 des Rates vom 18. Februar 2021 zur **Ernennung** eines **stellvertretenden Mitglieds** des **Ausschusses der Regionen**

[ABl L 64 v 24.02.2021, 4](#)

Beschluss (EU) 2021/323 der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Februar 2021 zur **Ernennung** von **vier Richtern** und einer **Generalanwältin** beim **Gerichtshof**

[ABl L 64 v 24.02.2021, 5](#)

Beschluss (EU) 2021/324 der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 19. Februar 2021 zur **Ernennung** eines **Richters** beim **Gericht**

[ABl L 64 v 24.02.2021, 6](#)

Durchführungsbeschluss (EU) 2021/325 des Rates vom 22. Februar 2021 zur **Ernennung des stellvertretenden Vorsitzenden** des Aufsichtsgremiums der **Europäischen Zentralbank**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.11.2020, [E 3748/2020](#)

NÖ GemeindeO; Verletzung im Recht auf ein **Verfahren vor dem gesetzlichen Richter** betreffend die Zurückweisung einer Beschwerde gegen den Bescheid einer NÖ Kreiswahlbehörde durch das LVwG als unzulässig; Bescheid über die Wahl der Ausschüsse eines Gemeinderats nicht von der Zuständigkeit der VwG ausgeschlossen

26.11.2020, [E 957/2020](#)

ArbeitslosenversicherungsG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch Abweisung eines Antrags auf Bezug von **Weiterbildungsgeld** nach dem ArbeitslosenversicherungsG für die Lehrveranstaltungsfreien Sommermonate mangels Prüfung des erbrachten Studienerfolgs

26.11.2020, [E 2355/2020](#)

COVID-19-MaßnahmenVO; Verletzung in verfassungsgesetzlich gewährleisteten Rechten durch Anwendung einer gesetzwidrigen Verordnungsbestimmung wegen Verhängung einer Geldstrafe für die **Unterschreitung der Abstandspflicht**; **Rückwirkung** der Feststellung der Rechtswidrigkeit der Verordnungsbestimmung durch den VfGH auf den vorliegenden Beschwerdefall; Ausspruch, dass die gesetzwidrige COVID-19-MaßnahmenVO nicht mehr anzuwenden ist, führt zur Aufhebung des – vor Kundmachung der verfassungsgerichtlichen Entscheidung im BGBl ergangenen –Straferkenntnisses des LVwG

11.12.2020, [E 2912/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch die in Folge der Aufhebung durch den VfGH ergangene weitere Entscheidung des BVwG betreffend die **Nichtzuerkennung des subsidiären Schutzstatus** an eine Familie irakischer Staatsangehöriger; Verkennung der Bindungswirkung durch den Spruch, dass im ausgesprochenen „Umfang aufgehoben und die darin vertretene Rechtsansicht hergestellt“ wird sowie mangelnde Auseinandersetzung mit der Situation im Herkunftsstaat und der Situation Minderjähriger

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

18.01.2021, [Ra 2019/04/0083](#)

BundesvergabeG; **Ausschreibungsbestimmungen** sind nach **objektiven Erklärungswert** für einen durchschnittlichen fachkundigen Bieter bei Anwendung der üblichen Sorgfalt auszulegen; im Zweifel sind Festlegungen in Ausschreibung gesetzeskonform und in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Bestimmungen zu lesen; Grundsatz der gesetzeskonformen Auslegung spricht dafür, dass Auftraggeber mit ggst Klammerausdruck bloß ihre Auffassung zur Kompatibilität zum Ausdruck gebracht, nicht aber Ausschreibung abgeändert hat; Festlegung auf einen bestimmten Hersteller ohne den Zusatz „oder gleichwertig“ stünde mit dem vergaberechtlichen Gleichbehandlungs- und Wettbewerbsgrundsatz nicht in Einklang; auch wenn dieser Umstand nicht dazu führt, dass eine dementsprechende Festlegung nicht bestandfest werden kann, ist er bei Auslegung der Erklärung eines Auftraggebers zu berücksichtigen

18.01.2021, [Ra 2020/04/0124](#)

GewO; Erstellung einer Prognose, die für Frage der **Berechtigung der Entziehung der Gewerbeberechtigung** anzustellen ist, hängt von Umständen des Einzelfalls ab, die jeweils einer Gesamtbetrachtung zu unterziehen sind; schematische Festlegung betreffend die Dauer des erforderlichen Wohlverhaltens ist unzweckmäßig, weil diese im Kontext zu den anderen jeweils

vorliegenden Umständen zu betrachten ist; Prognose setzt die Feststellung der Tathandlungen voraus, die der Verurteilung konkret zugrunde gelegen sind und von denen die Gewerbebehörde in Bindung an die rechtskräftige Verurteilung bei ihrer Prognose auszugehen hat

18.01.2021, [Ra 2020/04/0133](#)

VwGVG; will das VwG von der verwaltungsbehördlichen Beweiswürdigung abweichend andere wesentliche Sachverhaltsfeststellungen treffen, hat es – ungeachtet eines Parteienantrags – eine **mündliche Verhandlung** durchzuführen und dabei die Beweismittel neuerlich aufzunehmen; dies gilt gleichsam für den Fall, dass der entscheidungswesentliche Sachverhalt im Verfahren vor dem VwG strittig ist; Aufzeigen eines Mangels oder von Widersprüchen in Gutachten ist geeignet, Tatsachenfeststellungen der Behörde substantiiert zu bestreiten, sofern Behörde ihre Entscheidung auf Gutachten stützt; VwG selbst erachtete durch vorgenommene umfangreiche Ergänzung des Spruchs des angefochtenen Bescheids eine nähere Konkretisierung des beantragten Vorhabens für geboten

26.01.2021, [Ro 2020/07/0010](#)

AVG; VwG ist an Rechtskraft des Bescheids gebunden, ohne die Richtigkeit desselben noch einmal überprüfen zu dürfen; die Rechtskraft dieses Bescheids steht auch einer neuerlichen Ermittlung der damit festgesetzten Zahlungsansprüche entgegen; aus dieser **Bindungswirkung** folgt, dass jedes Antragsjahr auf dem Berechnungsergebnis des Vorjahres aufbaut

28.01.2021, [Ro 2019/02/0017](#)

StVO; § 43 Abs 1 lit d StVO räumt Menschen mit Behinderungen subjektives Recht ein; bei Vorliegen der Voraussetzungen ist ein entsprechendes **Halteverbot** zu erlassen, im Fall des Nichtvorliegens der Voraussetzungen hat negativer Bescheid in der Sache zu ergehen

08.02.2021, [Ra 2021/03/0001](#)

Verfahrensordnung für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; COVID-19-NotmaßnahmenVO; BVwG hat im Verfahren über die Verhängung von **Beugestrafen** nur zu überprüfen, ob betroffene Person einer Ladung ohne genügende Entschuldigung keine Folge geleistet hat; COVID-19-Maßnahmen keine genügende Entschuldigung; **Untersuchungsausschuss** wird bei Ladung „behördlich“ tätig, weshalb privater Wohnbereich zur Wahrnehmung eines unaufschiebbaren behördlichen Wegs verlassen werden darf; Gesundheitsgefährdung der Auskunftsperson bzw des Ehepartners keine genügende Entschuldigung; bei der unter Einhaltung aller Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen sowie unter Befolgung der maßgeblichen gesundheitsrechtlichen Vorschriften nicht gänzlich auszuschließenden Gefahr einer Infektion handelt es sich um Umstand, der dem allgemeinen Lebensrisiko zuzurechnen ist

C. VERWALTUNGSGERICHTE

BVwG 10.12.2020, [W156 2231258-1](#)

AusländerbeschäftigungG; die Voraussetzungen für die Zulassung einer **Schlüsselkraft** auf Unternehmensseite können nicht erfüllt sein, wenn das Unternehmen bis dato keine Geschäftstätigkeit entfaltet hat und erst die beantragte Schlüsselkraft eine Geschäftstätigkeit aufbauen soll, und wenn für den Zeitraum des Aufbaus der Geschäftstätigkeit die Einhaltung der lohn- und sozialversicherungsrechtlichen Bestimmungen (insb Zahlung des Entgelts und Abfuhr der Sozialversicherungsbeiträge) beispielsweise mangels eines entsprechenden Gewinns nicht gewährleistet erscheint

LVwG Vbg 16.02.2021, [LVwG-418-5/2020-R11](#)

GewO; KraftfahrG; der Umfang der **Gewerbeberechtigung** „Sicherheitsgewerbe (Berufsdetektive, Bewachungsgewerbe), eingeschränkt auf das Bewachungsgewerbe, weiters eingeschränkt auf die Tätigkeit der Kontrolle privater Liegenschaften und Meldung widerrechtlich abgestellter Fahrzeuge an den Verfügungsberechtigten“ erlaubt es dem Gewerbetreibenden nicht, für seine „Klienten“ Auskünfte aus der Zulassungsevidenz einzuholen

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[24.02.2021, Rs C-95/19, Silcompa](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 76/308/EWG – Art 6 und 8 sowie Art 12 Abs 1 bis 3 – **Gegenseitige Unterstützung** bei der **Beitreibung bestimmter Forderungen** – In zwei Mitgliedstaaten für dieselben Vorgänge fällige Verbrauchsteuer – Richtlinie 92/12/EG – Art 6 und 20 – Überführung von Waren in den steuerrechtlich freien Verkehr – Fälschung des begleitenden Verwaltungsdokuments – Zuwiderhandlung oder Unregelmäßigkeit während der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren, die einem Verfahren der Steueraussetzung unterstellt sind – Unrechtmäßige Entnahme von Waren aus einem Verfahren der Steueraussetzung – ‚Verdoppelung der Steuerforderung‘ in Bezug auf die Verbrauchsteuern – Überprüfung durch die Gerichte des Mitgliedstaats, in dem die ersuchte Behörde ihren Sitz hat – Ablehnung des Unterstützungsersuchens der zuständigen Behörden eines anderen Mitgliedstaats – Voraussetzungen

[24.02.2021, Rs C-673/19, M ua \(Transfert vers un État membre\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Asyl und Einwanderung** – Richtlinie 2008/115/EG – Art 3, 4, 6 und 15 – Illegal im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats aufhältiger Flüchtling – Inhaftnahme zum Zweck der Überstellung in einen anderen Mitgliedstaat – Flüchtlingseigenschaft in dem anderen Mitgliedstaat – Grundsatz der **Nichtzurückweisung** – Nichtvorliegen einer **Rückkehrentscheidung** – Anwendbarkeit der Richtlinie 2008/115

[25.02.2021, Rs C-389/19 P, Kommission / Schweden](#)

Rechtsmittel – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung **chemischer Stoffe** – Beschluss der Europäischen Kommission über die Zulassung bestimmter Verwendungen der in Anhang XIV dieser Verordnung aufgenommenen Stoffe **Bleisulfochromatgelb** und **Bleichromatmolybdatsulfatrot** – Besonders besorgniserregende Stoffe – Voraussetzungen für die Zulassung – Prüfung der Nichtverfügbarkeit von Alternativen

[25.02.2021, Rs C-403/19, Société Générale](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Art 63 AEUV – Freier Kapitalverkehr – **Körperschaftsteuer** – Bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen – Besteuerung von durch eine gebietsfremde Gesellschaft ausgeschütteten Dividenden, die bereits in einem anderen Mitgliedstaat besteuert wurden – Obergrenze für die anrechenbare Steuergutschrift – **Rechtliche Doppelbesteuerung**

[25.02.2021, Rs C-604/19, Gmina Wrocław \(Conversion du droit d'usufruit\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – **Mehrwertsteuer** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 2 Abs 1 Buchst a – Art 9 Abs 1 – Art 13 Abs 1 – Art 14 Abs 1 und Abs 2 Buchst a – Begriff ‚**Lieferung von Gegenständen**‘ – Umwandlung des Ernießbrauchs an einer Immobilie in Volleigentum kraft Gesetzes – Gemeinde, die die Entgelte für die Umwandlung vereinbart – Begriff ‚Entschädigung‘ – Begriff ‚Steuerpflichtiger als solcher‘ – Ausnahme – Einrichtungen des öffentlichen Rechts, die im Rahmen der öffentlichen Gewalt agieren

[25.02.2021, Rs C-615/19 P, Dalli / Kommission](#)

Rechtsmittel – **Schadensersatzklage** – Außervertragliche **Haftung der Europäischen Union** – Behauptetes rechtswidriges Verhalten der Europäischen Kommission und des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (**OLAF**) – Ausscheiden aus dem Amt eines Mitglieds der Kommission – Verfahrensvorschriften für die Untersuchung des OLAF – Eröffnung einer Untersuchung – Anspruch auf rechtliches Gehör – Überwachungsausschuss des OLAF – Unschuldsvermutung – Beurteilung des geltend gemachten Schadens

[25.02.2021, Rs C-658/19, Kommission/ Spanien \(Directive données à caractère personnel – Domaine pénal\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Art 258 AEUV – Richtlinie (EU) 2016/680 – **Verarbeitung personenbezogener Daten** – Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten – Keine Umsetzung und keine Mitteilung der Umsetzungsmaßnahmen – Art 260 Abs 3 AEUV – **Antrag** auf Verurteilung zur **Zahlung eines Pauschalbetrags** und eines **Zwangsgeldes**

[25.02.2021, Rs C-689/19 P, VodafoneZiggo Group/ Kommission](#)

Rechtsmittel – **Elektronische Kommunikationsnetze und -dienste** – Richtlinie 2002/21/EG in der Fassung der Richtlinie 2009/140/EG – Konsolidierung des Binnenmarkts für die elektronische Kommunikation – Art 7 Abs 3 und 7 – Von der nationalen Regulierungsbehörde zur Verfügung gestellter Maßnahmenentwurf – **Niederländischer Markt** für die Bereitstellung des Festnetzzugangs auf der Vorleistungsebene – **Gemeinsame beträchtliche Marktmacht** – Der nationalen Regulierungsbehörde übermittelte Stellungnahme der Europäischen Kommission – Verpflichtung der nationalen Regulierungsbehörde, dieser weitestgehend Rechnung zu tragen – Umfang – Art 263 AEUV – **Nichtigkeitsklage** – Zulässigkeit – Anfechtbare Handlung – Art 47 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union

[25.02.2021, Rs C-712/19, Novo Banco](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Freier Kapitalverkehr – Besteuerung **Steuer** auf den **Besitz von Kundeneinlagen bei Kreditinstituten** – Steuervergünstigungen, die ausschließlich Kreditinstituten mit Sitz oder Niederlassungen in der Autonomen Gemeinschaft Andalusien gewährt werden – Steuervergünstigungen, die nur für Investitionen gewährt werden, die Vorhaben in dieser Autonomen Gemeinschaft betreffen – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** Richtlinie 2006/112/EG Art 401 Verbot, andere nationale Steuern mit dem Charakter von Umsatzsteuern zu erheben Begriff ‚Umsatzsteuer‘ Wesentliche Merkmale der Mehrwertsteuer Fehlen

[25.02.2021, Rs C-772/19, Bartosch Airport Supply Services](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Gemeinsamer Zolltarif** – Kombinierte Nomenklatur – Zolltarifliche Einreihung – Tarifpositionen 8701 und 8705 – Auslegung – **Flugzeugabschleppwagen**

[25.02.2021, Rs C-804/19, Markt 24](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gerichtliche Zuständigkeit und Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Zuständigkeit für **individuelle Arbeitsverträge** – Bestimmungen von Kapitel II Abschnitt 5 – Anwendbarkeit – Vertrag, der in einem Mitgliedstaat für eine Beschäftigung bei einer in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassenen Gesellschaft geschlossen wurde – **Keine Arbeitsleistung** während der **gesamten Dauer des Arbeitsverhältnisses** – Ausschluss der Anwendung nationaler Zuständigkeitsregeln – Art 21 Abs 1 Buchst b Ziff i – Begriff ‚Ort, an dem oder von dem aus der Arbeitnehmer gewöhnlich seine Arbeit verrichtet‘ – Arbeitsvertrag – **Erfüllungsort des Vertrags** – Verpflichtungen des Arbeitnehmers gegenüber seinem Arbeitgeber

[25.02.2021, Rs C-857/19, Slovak Telekom](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Wettbewerb – Art 102 AEUV – **Missbrauch einer beherrschenden Stellung** – Aufteilung der **Zuständigkeiten** zwischen der Europäischen Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 11 Abs 6 – Entfallen der Zuständigkeit der nationalen Wettbewerbsbehörden – **Grundsatz ne bis in idem** – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 50

[25.02.2021, Rs C-940/19, Les Chirugiens-Dentistes de France ua](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Anerkennung von Berufsqualifikationen** – Richtlinie 2005/36/EG – Art 4f Abs 6 – Nationale Regelung – Zulassung der Möglichkeit eines **partiellen Zugangs** zu einem der **Berufe**, die unter den Mechanismus der automatischen **Anerkennung von Berufsqualifikationen** fallen

[25.02.2021, Rs C-129/20, Caisse pour l'avenir des enfants \(Emploi à la naissance\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Sozialpolitik** – Richtlinie 2010/18/EU – Überarbeitete Rahmenvereinbarung über den **Elternurlaub** – **Nationale Regelung**, nach der das Recht auf Elternurlaub von der Voraussetzung einer **sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung** des Arbeitnehmers **zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes** abhängt

B. SCHLUSSANTRÄGE

[23.02.2021, Rs C-800/19, Mittelbayrischer Verlag \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – **Justizielle Zusammenarbeit** in Zivil- und Handelssachen – Zuständigkeit für Verfahren, die eine unerlaubte Handlung oder eine Handlung, die einer unerlaubten Handlung gleichgestellt ist, oder Ansprüche aus einer

solchen Handlung zum Gegenstand haben – Mittelpunkt der Interessen einer natürlichen Person, die den Schutz von Persönlichkeitsrechten beantragt – **Veröffentlichung im Internet** – Ort des für den Schaden ursächlichen Geschehens

[23.02.2021, Rs C-923/19, Van Ameyde España \(GA Bobek\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2009/103/EG – **Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung** – Begriff der Bewegung von Fahrzeugen – **Anwendungsbereich** der Haftpflichtversicherung – **Unfall eines Sattelkraftfahrzeugs** und eines **Sattelhängers**, die bei unterschiedlichen Versicherern versichert sind

[23.02.2021, Rs C-603/20 PPU, MCP \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Eilvorabentscheidungsverfahren** – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen – Verordnung (EG) Nr 2201/2003 – Zuständigkeit, Anerkennung und Vollstreckung von **Entscheidungen in Ehesachen** und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung – Art 10 – Zuständigkeit in Fällen von **Kindesentführung** – Widerrechtlich in einen Drittstaat verbrachtes Kind, das dort seinen gewöhnlichen Aufenthalt erlangt hat – Kindeswohl – Zeitlich unbegrenzte Beibehaltung der Zuständigkeit der Gerichte des Mitgliedstaats, in dem das Kind unmittelbar vor seinem widerrechtlichen Verbringen seinen gewöhnlichen Aufenthalt hatte

[25.02.2021, Rs C-804/18, WABE \(GA Rantos\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2000/78/EG – Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf – Art 2 Abs 2 – **Diskriminierung** wegen der **Religion** oder der **Weltanschauung** – Unternehmensinterne Regeln, die den Arbeitnehmern verbieten, am Arbeitsplatz sichtbare oder auffällige großflächige politische, philosophische oder religiöse Zeichen zu tragen – Unmittelbare Diskriminierung – Fehlen – Mittelbare Diskriminierung – Verbot für eine Arbeitnehmerin, ein islamisches **Kopftuch** zu tragen – Wunsch der Kunden, dass das Unternehmen eine Neutralitätspolitik verfolgt – Zulässigkeit des Tragens sichtbarer kleiner Zeichen – Art 8 Abs 1 – Im Hinblick auf die **Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes günstigere nationale Vorschriften** – **Religionsfreiheit** nach Art 10 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Nationale Verfassungsvorschriften zum Schutz der Religionsfreiheit

[25.02.2021, Rs C-458/19 P, ClientEarth / Kommission \(GA Kokott\)](#)

Rechtsmittel – **Nichtigkeitsklage** – Verordnung (EG) Nr 1367/2006 – Übereinkommen von Aarhus – Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten – Interne Überprüfung – Ablehnung – Gegenstand der Überprüfung – Verordnung (EG) Nr 1907/2006 – Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung **chemischer Stoffe** – Zulassungspflicht – Durchführungsbeschluss C(2016) 3549 final, mit dem die Zulassung für Verwendungen von **Bis(2-ethylhexyl)phthalat (DEHP)** erteilt wird – Überwiegender sozioökonomischer Nutzen – Berücksichtigung von Risiken

[25.02.2021, Rs C-821/19, Kommission/ Ungarn \(Incrimination de l'aide aux demandeurs d'asile\) \(GA Rantos\)](#)

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Gemeinsame Verfahren für die Zuerkennung und Aberkennung des internationalen Schutzes – Richtlinie 2013/32/EU – Art 33 Abs 2 – Unzulässigkeitsgründe für Anträge auf internationalen Schutz – Abschließender Charakter – Weiterer Unzulässigkeitsgrund nach nationalem Recht – Art 8 Abs 2 – Zugang zu Grenzübergangsstellen für Organisationen und Personen, die Beratungsleistungen für Personen erbringen, die internationalen Schutz beantragen – Art 12 Abs 1 Buchst c – Möglichkeit für Personen, die internationalen Schutz beantragen, zur Kontaktaufnahme mit Organisationen und Personen, die Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen erbringen – Art 22 Abs 1 – Möglichkeit für Personen, die internationalen Schutz beantragen, auf eigene Kosten einen Rechtsanwalt oder sonstigen Rechtsberater zu konsultieren – Richtlinie 2013/33/EU – Art 10 Abs 4 – Möglichkeit für Rechtsanwälte oder sonstige Rechtsberater zur Kontaktaufnahme mit Antragstellern auf internationalen Schutz – Kriminalisierung nach nationalem Recht von Tätigkeiten, die darauf gerichtet sind, Personen, die internationalen Schutz beantragen, in organisierter Form Unterstützung zu leisten – Einreiseverbot für Organisationen und Personen, die in der Grenztransitzzone Rechtsberatung oder sonstige Beratungsleistungen erbringen

[25.02.2021, Rs C-12/20, DB Netz \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Eisenbahnverkehr – Grenzübergreifende Güterverkehrskorridore – Verordnung (EU) Nr 913/2010 – Art 13 Abs 1 – Errichtung einer einzigen Anlaufstelle für jeden Güterverkehrskorridor – Art 14 – Rechtsnatur der vom Exekutivrat erlassenen Rahmenregelung – Art 20 – Regulierungsstellen – Richtlinie 2012/34/EU – Art 27 – Verfahren für die Stellung von Anträgen auf Zuweisung von Infrastrukturkapazität – Funktion der Infrastrukturbetreiber – Art 56 und 57 – Aufgaben der Regulierungsstelle und Zusammenarbeit zwischen Regulierungsstellen

[25.02.2021, Rs C-60/12, Latvijas dzelzceļš \(Installations de service ferroviaire\) \(GA Sánchez-Bordona\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Schienenverkehr – **Einheitlicher europäischer Eisenbahnraum** – Richtlinie 2012/34/EU – Art 13 Abs 2 und 6 – Durchführungsverordnung (EU) 2017/2177 – Art 15 – Zugang zu Serviceeinrichtungen und zu den in diesen Einrichtungen erbrachten Leistungen – Pflicht des Eigentümers einer **Serviceeinrichtung**, ihrem Betreiber Zugang zu gewähren – Ungenutzte Einrichtungen – Umstellung einer Serviceeinrichtung – **Befugnis des Eigentümers** einer Serviceeinrichtung zu ihrer Umstellung – Befugnisse der Regulierungsstelle

C. GERICHT

[24.02.2021, Rs C-108/18, Universität Koblenz-Landau/ EACEA](#)

Schiedsklausel – Tempus-IV-Programme – Finanzhilfevereinbarungen – Vertragliche Natur des Rechtsstreits – Umdeutung der Klage – Förderfähige Kosten – Systembedingte, immer wiederkehrende Unregelmäßigkeiten – Vollständige Erstattung der gezahlten Beträge – Verhältnismäßigkeit – Anspruch auf rechtliches Gehör – **Begründungspflicht** – Art 41 der Charta der Grundrechte

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

25.02.2021, Beschwerde Nr [894/12](#), *Mtchedlishvili / Georgien*

Verletzung von Art 6 Abs 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); mündliche Anhörung; unbegründete Verweigerung in Berufungsverfahren; unmittelbare Würdigung erforderlich; gerechte Entschädigung durch Feststellung der Verletzung

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Daniela Emeder, Univ.-Ass. Mag. Marlene Helml, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Dr. Florian Kronschläger, Univ.-Ass. Mag. Philipp Wolfgang Stengg LL.M., Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.